

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Mittwoch, 17. März 1993, Vormittag
Mercredi 17 mars 1993, matin

08.15 h

Vorsitz – Présidence: Herr Piller

93.100

Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (allgemeine Aussprache)

Programme consécutif au rejet de l'Accord EEE (débat général)

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 139 hiervoor – Voir page 139 ci-devant

Frau **Weber** Monika: Ich bin mit dem Bericht und den Vorschlägen des Bundesrates einverstanden und möchte ihn aktiv unterstützen. Ich bin der Meinung, dass im Bericht und in den Anträgen nicht sehr viel Neues zu finden ist bzw. nicht sehr viel mehr, als wir vor der EWR-Abstimmung schon wussten. Es ist richtig, dass diese Gedanken wieder aufgenommen werden.

Herr Schiesser hat darauf hingewiesen, dass der Bundesrat recht stark im Allgemeinen verhaftet bleibt. Der Bundesrat gibt seine Absicht bekannt, und zusammen mit dem, was er in anderen Berichten – ich denke an den 7. Landwirtschaftsbericht und andere Berichte – gesagt hat, kann man die Stossrichtung eigentlich erkennen. Meine Befürchtung geht dahin, dass es in sehr vielen Bereichen bei geduldigen Worten bleiben wird. Ich befürchte einmal mehr, dass der Bundesrat zwar sehr positive Absichten bekundet, dass aber das Parlament oder gewisse Interessengruppen es nicht zulassen, dass diese Absichten nachher auch umgesetzt werden. Wir haben in den letzten Wochen eine Menge Zuschriften vom Vorort, von Banken usw. erhalten; alle diese Zuschriften zeigen eines auf: dass man bereits bremsen soll, und vor allem, dass man in bezug auf die Swisslex-Vorlagen, die ja nur eine kleine Anpassung sind, bereits bremsen soll.

Wenn wir uns in der EWR-Abstimmungsvorphase noch zusammenraufen konnten, so ist es jetzt wahrscheinlich schwieriger, einen Konsens zu finden, was ich sehr bedaure. Nun will der Bundesrat zu Recht den Binnenmarkt Schweiz harmonisieren oder gewisse Protektionismen fallenlassen. Ich glaube, dass die Liberalisierung ein sehr wichtiges Thema ist. In der Tat ist es nicht einfach, aber es ist sehr wichtig, dass wir diese Liberalisierung vollziehen.

Wir haben es mit einem sehr stark kartellierten schweizerischen Binnenmarkt zu tun, der in Diskrepanz zum liberalen Aussenhandel steht. In Zahlen kann man das folgendermassen ausdrücken: Nur ungefähr 30 Prozent der gesamtschweizerischen Wertschöpfung werden in Branchen erbracht, die sich entweder export- oder importseitig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sehen. Das heisst: Lediglich 30 Prozent der Wertschöpfung werden in deregulierten Märkten erzielt. Ungefähr 70 Prozent der Wertschöpfung erfolgen in Branchen, die eindeutig binnenmarktorientiert sind, d. h.: Die 70 Prozent der binnenmarktorientierten Wertschöpfung vermindern die Wettbewerbsintensität durch eine Vielzahl staatlicher und privater Regulierungen.

Dies bedeutet einerseits einen Effizienzverlust für unsere Volkswirtschaft und andererseits ein zu hohes Preisniveau im schweizerischen Binnenmarkt. Letzteres verursacht entscheidende Standortnachteile für die im internationalen Konkurrenzkampf stehenden Branchen, die auf vielfältigen Leistungen des Binnenmarktes Schweiz basieren.

Negativ wirkt sich diese Situation nicht in erster Linie auf jene schweizerischen Unternehmungen aus, die ihre Produktion, ihre Forschung oder ihre Entwicklung und andere zentrale Bereiche ins Ausland verlagern können, sondern auf die schweizerische Volkswirtschaft, welche durch diese Abgänge und durch das Schwinden von Zugängen aus dem Ausland sukzessive an Wertschöpfungspotential verliert. In dieser Hinsicht haben wir bereits 1992 erste Resultate erhalten. Unsere Exportwirtschaft zeigt im Sektor Güter zum ersten Mal schrumpfende Zahlen. Wir haben also alles Interesse daran, dass dieser Binnenmarkt verändert wird, dass er «entzementiert» wird.

Ich habe, wie bereits gesagt, meine Zweifel, ob wir uns dazu überhaupt aufraffen können, ist es doch eine klare Sache, dass Selbsterneuerung recht schwierig zu bewerkstelligen ist. Ich hege aber auch Zweifel, ob sich der Bundesrat hier durchsetzen kann. Er hat gute Absichten, wird aber bereits gebremst. Ich möchte zwei konkrete Beispiele nennen, in deren Zusammenhang ich mich gewundert habe, warum der Bundesrat hier nicht sofort selber – im liberalen Sinne – liberalisiert. Diese zwei Beispiele stammen aus dem der Agrarwirtschaft nachgelagerten Sektor. Ich möchte damit nicht die Käseunion ansprechen – ich möchte heute Herrn Küchler nicht reizen –, sondern ich möchte als Beispiel den Wirkungsbereich der Schweizerischen Genossenschaft für Getreide und Futtermittel (GGF) ansprechen.

Hier ist zu sagen, dass vor einigen Wochen eine Vernehmlassung im Gang war. Es ist sicher höchst fraglich – ich kürze ab, aber ich möchte das doch gesagt haben –, ob die GGF noch eine eigentliche Aufgabe hat, die nicht anderweitig und wirtschaftlicher innerhalb einer marktwirtschaftlichen Struktur gelöst werden könnte. Es ist so, dass wir heute eine starke Ueberschussituation im Getreidesektor haben. Die GGF ist im Grunde genommen für die Agrarpolitik überflüssig geworden. So könnten heute die Eidgenössische Alkoholverwaltung und die Eidgenössische Getreideverwaltung die agrarpolitischen Aufgaben der GGF übernehmen, und die Abwicklung an der Grenze könnte der Zollverwaltung überlassen werden. Last but not least ist auch darauf hinzuweisen, dass das mit der GGF verbundene Einfuhrsystem mit dem Gatt sowieso dahinfällt. Das ist ein Beispiel für einen Bereich, wo wir sehr schnell liberalisieren könnten. Auch der Bundesrat macht sich offenbar Gedanken darüber, dass man das eventuell tun könnte; das sieht man der Vernehmlassung an.

Ein weiterer kleiner Punkt, aber ein grosses Politikum sind die Hors-sol-Tomaten und -Gurken. Warum gibt man diesen Markt nicht einfach frei? Warum versucht man, diesen Markt definitiv zu regulieren?

Das sind zwei Beispiele. Ich liege wahrscheinlich nicht daneben mit der Behauptung, dass aus anderen Bereichen ebenfalls Beispiele folgen werden. Das Problem zwischen Theorie und Praxis ist ein altes Thema. Ich wünsche dem Bundesrat die Kraft, sich mit seinen guten Absichten durchzusetzen.

Ein letztes Wort zur Liberalisierung: Liberalisierung heisst offenbar für einige, dass in erster Linie alle guten Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer über Bord geworfen werden. Gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter müssen für eine Unternehmung als Wettbewerbsvorteil betrachtet werden. Eine Unternehmung lebt davon, dass ihre Mitarbeiter gerne, mit Einsatz und mit Freude ihre Leistung vollbringen. Deshalb müssen gute Arbeitsbedingungen als ein Wettbewerbsvorteil betrachtet werden.

Der Staat hat die Rahmenordnung für eine offene Marktwirtschaft zu schaffen. Innerhalb dieser Rahmenordnung sollen die einzelnen möglichst frei in ihren Entscheidungen sein, aber der gesellschaftliche Zusammenhalt erfordert auch ein Sicherheitsnetz für die sozial Schwächeren. Das dürfen wir bei der ganzen Uebung, die wir an die Hand nehmen, nicht vergessen.

M. Roth: J'ai pris connaissance avec intérêt du message du Conseil fédéral. S'agissant de notre politique européenne sur laquelle j'entends me limiter dans mon intervention, j'en ai retiré le sentiment que rien n'indique qu'après le refus du 6 décembre la Suisse soit sur le point d'entamer une marche cohérente vers l'Europe. Je voudrais vous livrer quatre observations.

La première est que, après le 6 décembre, nous avons enregistré la volonté populaire, à juste titre, mais aucun programme crédible de substitution, aucune vue à long terme, n'ont été formulés jusqu'ici. Le désarroi est patent puisque la voie médiane, celle de l'Espace économique européen, entre l'isolement et l'adhésion, et qui aurait dû rencontrer l'assentiment du peuple et des cantons, n'existe plus. Alors, dire qu'il faut faire sans l'Espace économique européen, mais agir comme si on pouvait en sauver quelques morceaux utiles, par exemple en négociant bilatéralement avec la Communauté, ne tient pas tellement d'une politique d'Etat et n'offre pas de réel objectif politique.

Deuxièmement, vouloir revoter sur l'Espace économique européen, c'est bien, mais l'Accord sur l'EEE qui semble maintenant reconstitué après la défection de la Suisse n'est pas encore, et de loin, opérationnel. Plus le temps passe, moins grandes sont les chances de voir les parlements nationaux et le Parlement européen ratifier cet accord, surtout dans l'hypothèse où les négociations d'adhésion entre la Communauté et l'Autriche, la Suède, la Finlande et la Norvège devaient aboutir rapidement. Mis à part la question de l'existence même de l'Espace économique, si cet accord était en vigueur au moment où la Suisse souhaiterait y adhérer, ce serait un traité bien plus substantiel que celui signé à l'origine.

Troisièmement, la démarche qui entend lier les mesures de régénération de l'économie suisse à l'«eurocompatibilisation» du droit suisse est une démarche sans doute utile. Il s'agit cependant d'une opération qui profite d'abord à la Suisse. Prouver à la Communauté que la Suisse a accompli un effort législatif communautaire est louable, mais les retombées pratiques seront minimales et, en tout état de cause, ne lui permettront pas de négocier un traitement de faveur.

Quatrièmement, il faut donner acte au Conseil fédéral des options extrêmement limitées qui restent présentement à sa disposition. Si le bilatéralisme tellement décrié pendant la campagne et déclaré alors largement irréalisable redevient à la mode par pure nécessité, il est porteur d'espoirs bien fragiles, car la Communauté veillera à ce que l'acquis communautaire constitue le fonctionnement indispensable de ces accords. D'ailleurs, les nouvelles qui ont été enregistrées avant-hier à l'issue du Conseil des ministres ne sont pas franchement réjouissantes.

Ainsi donc, partant de ces quatre observations, je constate – et le message du Conseil fédéral ne me dément pas – que la Suisse est démunie. Soit elle met, volontairement ou non, le cap sur la voie solitaire et vit en symbiose artificielle avec l'Europe, condamnant du même coup son secteur industriel à l'anémie – plusieurs entreprises suisses ont d'ailleurs déjà mis le cap sur les pays voisins depuis le 6 décembre – soit elle choisit la seule option viable, mais difficile, qui consiste à rejoindre à brève échéance la Communauté européenne.

Il convient donc à mes yeux de se concentrer sur ce qui paraît désormais essentiel et dans un délai raisonnable, mettre concrètement en application l'objectif déclaré du Conseil fédéral, à savoir adhérer à la Communauté européenne. Le message du Conseil fédéral me paraît faible sur ce point. Le Conseil fédéral aurait dû tout d'abord développer sa pensée sur ce qu'il entend clairement par le fait que, pour agir, selon lui, les conditions de politique extérieure et intérieure doivent être réunies; ensuite se fixer un calendrier et proposer à la population un concept d'information susceptible de placer les Suisses sur la voie d'une acceptation progressive de l'Europe. En laissant simplement toutes les options ouvertes, sans se fixer aucune échéance ni un véritable objectif, je crains que nous n'entrions dans une période froide de nos relations avec la Communauté européenne. Je crains aussi que ce programme, peu enthousiasmant dans le fond, ne soit pas de nature à entraîner la population dans une véritable politique de

rechange à notre politique européenne qui a été terrassée le 6 décembre dernier.

Je tenais donc à vous faire part de ces quelques observations dans ce vaste débat d'entrée en matière.

Bisig: Am 6. Dezember des letzten Jahres haben wir respektive der Schweizer Souverän nicht nur unsere Efta-Partner verärgert, der Aerger trifft uns nun auch selbst.

Neue, nicht unbedingt erwartete Probleme verzögern laufend ein Inkrafttreten des EWR-Vertrages. Wie Sie in den Zeitungen lesen konnten, wird ja gerade heute ein entscheidendes Zusatzprotokoll unterzeichnet. Für die auf den EWR angewiesenen Efta-Länder ist dieser Zeitverlust eine wahre Katastrophe. Verständlich, dass sie uns die Liebe kündigen. Verständlich auch, dass die EG kaum zu grösseren Konzessionen der Schweiz gegenüber bereit ist – mindestens nicht sofort. Sogar zwingend sind die Haltung und der Wille unseres Bundesrates, das Beste aus der Situation zu machen und wenigstens den guten Willen zu beweisen.

Es fragt sich aber, ob das nun vorliegende Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens das bringt, was sich der Bundesrat davon verspricht, mindestens, was die Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen respektive das Swisslex-Paket betrifft. Mir scheint, dass man wieder einmal etwas päpstlicher als der Papst sein will, vor allem in diesem dritten Bereich des Folgeprogramms.

Die 27 Swisslex-Vorlagen sind zwar im Parlament bereits behandelt worden, aber unter ganz anderen Vorzeichen. Mit dem EWR-Vertrag stand den Vorlagen damals ein Wert gegenüber, der gewisse Zugeständnisse rechtfertigte. Zu rechtfertigen waren vor dem 6. Dezember auch das enorme Tempo und einige Schönheitsfehler, die zugegeben werden müssen.

Heute ist die Situation aber komplett anders. Auch wenn alles unternommen werden muss, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken respektive nicht in die Bedeutungslosigkeit absinken zu lassen, müssen wir uns die Zeit gönnen, diejenigen Reformen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, die nicht direkt mit der Stärkung der Wirtschaft zusammenhängen. Ich frage mich, was zum Beispiel ein Mitwirkungsgesetz, der Arbeitsvertrag (Obligationenrecht), aber auch das Eisenbahngesetz oder das Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen in einer ersten Swisslex-Runde zu suchen haben, wie damit die schweizerischen Rahmenbedingungen verbessert werden sollen.

Jetzt geht es doch vorerst einmal darum, die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft zu stärken und ihr nicht neue Hindernisse in den Weg zu legen. Jetzt geht es darum, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, nicht Arbeitsplätze zusätzlich zu gefährden. Dazu kann eine partielle Wiederaufnahme von Eurolex-Vorlagen nützlich sein. Die Auswahl muss aber mit aller Vorsicht getroffen werden, die Prioritäten müssen richtig gesetzt werden, wie bereits festgestellt wurde.

Zu dieser Erkenntnis ist man auch in den zuständigen ständerrätlichen Kommissionen gekommen. Das EG-Recht ist im Fluss, und es macht jetzt wenig Sinn, dort anzupassen, wo nicht feststeht, was und wie anzupassen ist. Nicht zu übersehen ist auch, dass der Schnellzug Eurolex einige falsch gestellte Weichen überfahren hat. Einiges wurde übersehen, anderes falsch interpretiert.

Damals war das vielleicht nicht von Bedeutung, jetzt aber schon. Die Vorbehalte, die im Rahmen der EWR-Abstimmung geäussert wurden, müssen nach dem – wenn auch knappen – EWR-Nein zur Kenntnis genommen werden, sonst wird unser jetziges Handeln kaum verstanden und ein neuerliches Scheitern vorprogrammiert.

Die bestehenden Differenzen der schweizerischen Gesetzgebung, die problemlos beseitigt werden können, passen gut in ein erstes Revisionspaket. Schwieriger wird es mit Anpassungen, die nur unter einem Reziprozitätsvorbehalt erfolgen können. Ist eine Ueberarbeitung nur in einem grösseren Zusammenhang möglich, dann sind wir gut beraten, wenn wir uns dazu die erforderliche Zeit nehmen. Das soll aber nicht heissen, dass diese Ueberarbeitung nicht sofort an die Hand genommen werden muss.

Ich unterstütze den Bundesrat in seinen Bemühungen, den Schwung auszunützen und die Öffnung der Schweiz voranzutreiben. Dies muss aber unter Würdigung der für das EWR-Nein verantwortlichen Gründe erfolgen, nicht nur der wirtschaftlichen. Das scheint mir bei den nun vorliegenden Vorlagen nicht überall der Fall zu sein. Ich vermute, dass sich der Bundesrat allzu sehr von der Zahl 27 hat leiten lassen, weil 27 mehr als die Hälfte von 50 ist. Auch hier gilt die vielzitierte Formel «Weniger wäre mehr».

Gemperli: Auch ich habe ein wohl vorbereitetes Manuskript vor mir – die Frucht meiner Bemühungen an einem schönen Sonntagnachmittag. Ich habe sowohl gestern wie heute in diesem Saal gut aufgepasst und festgestellt, dass meine Gedanken in der einen oder anderen Form bereits Ausdruck gefunden haben. Sehr viel Neues habe ich daher nicht mitzuteilen, nachdem ich mir immer die erforderlichen Korrekturen vorgenommen habe. Da es ja nicht darum geht, eine schöne Rede zu halten, sondern tatsächlich etwas zu sagen, beschränke ich mich, um die Effizienz der Ratsarbeit zu steigern, auf zwei kurze Bemerkungen:

Für die weiteren integrationspolitischen Gespräche ist, wie im Bericht erwähnt, der Kontakt mit den Kantonen von entscheidender Bedeutung. Die Kantone müssen vermehrt herangezogen werden. Das zum Teil sehr deutliche Nein der Deutschschweizer Stände ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass im Bereich der Gliedstaaten erhebliche Unsicherheiten bestanden haben. Für die Zukunft müssen hier neue Wege gesucht werden, um nicht in alte Fehler zu verfallen. Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn der Bundesrat festhält, dass die etablierte Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und kantonalen Regierungen im Geiste des im Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum enthaltenen Artikels 21 der Uebergangsbestimmungen zur Bundesverfassung weitergeführt wird. Ich habe das wohl gelesen und habe es auch verstanden – ich hoffe, dass danach gehandelt wird.

Die zweite Bemerkung betrifft die marktwirtschaftliche Erneuerung. Im Zusammenhang mit dieser marktwirtschaftlichen Erneuerung wird auch die Finanzpolitik angesprochen. Die Finanzpolitik ist in diesem Zusammenhang zweifellos eine entscheidende Grösse. Die Ausführungen in der Botschaft sind aber nach meiner Auffassung nicht in jeder Richtung überzeugend. Strukturelle Probleme, konjunkturelle Probleme und Sanierung des Bundeshaushaltes werden hier nicht klar getrennt, und es wird zu wenig gesagt, was eigentlich in struktureller Hinsicht zur Verbesserung der Gesamtsituation unserer Wirtschaft notwendig ist.

Die strukturellen Änderungen haben sich meines Erachtens auf das Steuersystem zu beziehen. Hier ist unabdingbar, dass wir den Uebergang zur Mehrwertsteuer schaffen und die Taxe occulte demnächst ausmerzen, um unsere Wirtschaft von den Wettbewerbshemmnissen zu befreien. Davon unabhängig ist die Frage der Sanierung der Finanzen der öffentlichen Gemeinwesen zu behandeln. Es ist zweifellos richtig, dass zerrüttete Staatsfinanzen das Wachstum der Wirtschaft hindern. Die Unsicherheit wird damit verstärkt.

Die Sanierung der Finanzen ist aber von den am System vorzunehmenden Änderungen zu trennen. Zudem ist das Defizit, das konjunkturell bedingt ist, vom strukturellen Defizit zu trennen. Nur so können wir in der Finanzpolitik tatsächlich etwas zur Erneuerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft tun.

Iten Andreas: Ich habe gestern ebenfalls gut zugehört. Die Debatte war im allgemeinen sehr pragmatisch. Bei dieser europapolitischen Standortbestimmung fehlten mir Gedanken zum Verhältnis von Politik und Gesellschaft, genauer von Politikern und Intellektuellen. Einige Kollegen haben darauf hingewiesen, dass das geistig-politische Klima im Lande verbessert werden müsse. Aber wer muss das tun?

Herr Schiesser forderte eine bessere Information. Genügt es, wenn der Bund besser informiert? Leiden wir nicht unter einem Informationsstress? Wir sollten uns bewusst sein, dass die Politik in der Europafrage nicht alles leisten kann. Wenn wir uns überlegen, warum die Westschweiz bei der EWR-Abstimmung

ein ganz anderes Resultat erreicht hat als die Deutschschweiz, dann hängt dies nicht zuletzt damit zusammen, dass die Auseinandersetzung mit Europa dort eine lange Tradition hat. Führende Intellektuelle, Journalisten und Redaktoren haben die Bürgerinnen und Bürger mit Europa konfrontiert. Das geschah in der Deutschschweiz in weit geringerem Masse.

Bei den 700-Jahr-Feierlichkeiten haben sich zahlreiche Intellektuelle der Deutschschweiz auf das fatale Schlagwort «700 Jahre sind genug» kapriziert. Dass diese oberflächliche Auseinandersetzung mit unserem Land der Zukunft nicht diene, wird geflissentlich übersehen. Und wo waren diese Intellektuellen, als es darum ging, die Zukunft des Landes in Europa zu diskutieren? Die Intellektuellen und die Wissenschaftler tragen für das geistig-politische Klima eine grosse Verantwortung. In der Vorbereitung auf die EWR-Abstimmung wurde diese kaum wahrgenommen.

Erstspät machte man sich im wissenschaftlichen Milieu Gedanken über unser Verhältnis zu Europa. Man schlug nun plötzlich die Schaffung von Europainstituten vor. Ich begrüsse diese zwar, bedaure aber, dass diese Idee nicht früher auftauchte. Auch die hervorragende Europabeilage des «Tages-Anzeigers» kam sehr spät, nämlich erst post festum. Gestern las ich in den Zeitungen, dass sich neue Nationale Forschungsprogramme mit Europa befassen sollen, nämlich eines mit Verkehr und Umwelt (Wechselwirkungen Schweiz-Europa), ein zweites mit der Aussenbeziehung der Schweiz (Zwischen Isolation und Offenheit) und ein drittes Programm mit der Europäisierung von staats- und gesellschaftspolitischen Stärken der Schweiz und mit der Auswirkung der europäischen Integration auf die politische und soziale Entwicklung.

Diese Programme kommen zehn Jahre zu spät. Offenbar braucht es eine tiefgreifende Aufwühlung des Volkes, bis sich auch die gesellschaftlichen Exponenten eines zukunftsweisenden Themas nachhaltig – ich sage «nachhaltig» und nicht einfach «modisch» – annehmen. Ueberlegen Sie sich einmal, was uns die kulturpolitischen Grabenkriege im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft für die Gestaltung der Zukunft des Landes gebracht haben. Ich meine deshalb, dass die Feindbilder zwischen Politikern und Intellektuellen abgebaut werden sollten. Nur im Dialog zwischen ihnen kann jene Atmosphäre entstehen, die eine prospektive Europapolitik möglich macht. Die Welschschweiz hat uns diesen Dialog vorgelebt. Für die weiteren Schritte auf die EG zu sind wir auf Umwege verwiesen worden. Es gilt, sie zu gehen.

Herr Onken kritisierte gestern den Bundesrat, seine Optionen seien leer. Ich muss den Bundesrat in Schutz nehmen. Es bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als Umwege einzuschlagen. Eine Forcierung bringt uns nicht zum Ziel. Der gerade Weg ist hier nicht mehr der kürzeste. Das Volk muss in die Schritte und in die Umwege einbezogen werden.

Um einen Schritt in die Zukunft zu tun, braucht es eine Vergangenheitsbewältigung. Mein Votum sollte einen Hinweis geben, wer dazu aufgefordert ist. Es braucht einen Konsens im Innern des Landes.

Ich habe in der letzten Session eine Interpellation eingereicht, die vom Bundesrat Auskunft darüber verlangt, was er für 1998, für die 150-Jahr-Feier des Bundesstaates, zu tun gedenke. Ich meine, dieses Jubiläum könnte auf den Weg nach Europa führen – auch der Weg ist ein Teil des Zieles.

On. Morniroli: Anch'io ho preparato un manoscritto, poi ho continuato a cancellare dei passaggi interi per raccorciare un po' questa discussione, ma mi sembra doveroso – a tre mesi e mezzo dal no del popolo svizzero – di fare un piccolo bilancio intermedio.

Prima e dopo il 6 dicembre 1992 ne abbiamo sentite di cotte e di crude e mi sembra che si tenda a perseverare. Ecco qualche esempio: Il 26 agosto 1992 Lei, sig. Consigliere federale Delamuraz, ha esclamato davanti al Consiglio nazionale:

«On trompe son monde en faisant accroire avec force et conviction que des négociateurs peuvent fort bien continuer les méthodes de 1972, nous éviter tous les risques de cet Espace économique européen et en gagner tous les avantages par la négociation bilatérale. C'est faux, archifaux, totalement faux!»

Vor etwas mehr als einem Monat, am 10. Februar 1993, ist EG-Kommissionspräsident Delors in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Strassburg auch kurz auf die Lage des EWR nach dem Nein der Schweiz eingegangen. Besondere Beachtung verdient die Bemerkung, dass man sich in Brüssel über Berns Europapolitik noch nicht schlüssig sei und weitere Standortbestimmungen zu einem neuen Beitrittsge-such zur EG, zur EWR-«Renaissance» oder zum Bilateralismus erwarte.

Am Abend des 6. Dezember 1992 haben Sie, Herr Bundesrat Felber, gesagt: «A l'issue de ce vote, les mesures à prendre sont en voie d'être examinées.»

Cosa mi sarei atteso invece dal nostro Consiglio federale? L'ho scritto in un articolo il giorno seguente, il 7 di dicembre. Una dichiarazione per esempio del seguente tenore: «Il popolo ha deciso e ci ha conferito un chiaro incarico: la costruzione del futuro della Svizzera senza Spazio economico europeo.»

Negli ultimi mesi abbiamo già elaborato una pianificazione di massima per l'eventualità di un no popolare. Presenteremo al Parlamento entro breve termine un pacchetto di misure e di riforme atte ad affrontare la situazione. Dunque mi sarei atteso delle cosiddette decisioni riservate o – se preferite – «vorbehaltenen Entschlüsse».

Voglio anche rispondere al Consigliere federale Delamuraz che il 6 dicembre ha affermato «c'est un dimanche noir». Devo segnalare il disagio e anche la rabbia che hanno causato certe affermazioni nel popolo ticinese e non solo in quel 70 per cento di elettori che hanno detto no allo Spazio economico europeo. Molti Ticinesi si sono sentiti offesi – non so se era l'intenzione, non lo penso – ma si sono sentiti offesi vedendosi trattati da irresponsabili e sprovveduti.

Leggendo poi l'editoriale di Louis Pauwels su «Le Figaro» del 19 dicembre 1992, mi sento un poco rassicurato:

«Pourtant, quand on sait quelles pressions internes et externes s'exercèrent sur les Suisses, il leur a fallu une sacrée civilisation intime pour dire non au glissement vers l'Europe bruxelloise et ainsi demeurer, au risque de quelques désavantages, fidèles à ce qu'ils sont depuis sept siècles. Cela ne méritait-il pas une certaine considération? Je me porte volontaire pour le compliment.»

Herr Kollege Onken, wenn Sie sagen, dass man geben muss, um nehmen zu können, kann ich Ihre Meinung voll teilen. Ich renne sicher offene Türen ein, wenn ich Ihnen Goethe zitiere:

«Mann mit zugeknöpften Taschen,

Dir tut niemand was zulieb;

Hand wird nur von Hand gewaschen;

Wenn Du nehmen willst, so gib!»

Aber wir geben auch. Stichwort «Swissair». Da haben die Medien wieder einmal eine Nachricht breitgeschlagen. Zum Glück hat die Swissair selber die Geschichte wieder entdramatisiert. Ich glaube nicht, dass es den Spaniern und den Portugiesen darum gegangen ist, uns einfach zu sperren. Sollte es aber doch so sein, so haben wir eine klare Antwort zu geben: Orangen, Clementinen – ich habe hier die ganze Liste –, Zitronen, Zucchetti, Thon, Sardinen, Fisch, Salat, Oel, Zwiebeln, Knoblauch, Steinpilze können sie behalten. Wir kaufen diese Produkte anderswo. Und den Portugiesen haben wir nur in Erinnerung zu rufen, wie viele ihrer Landsleute bei uns ihr Brot verdienen können und in den Genuss von Gesamtarbeitsverträgen kommen, welche die Einheimischen nicht bevorteilen. Sagen Sie mir, in welchem anderen Land dies so ist!

Was Fritz Leutwiler, ABB-Chef Barnevik und andere Persönlichkeiten im In- und Ausland Positives zum EWR-Nein gesagt haben, brauche ich nicht zu wiederholen. Sie haben dies sicherlich selber in Publikationen wie «Faktum» oder «Memopress», die Sie sicher auch erhalten haben, nachlesen können. Ich zitiere hingegen die «Welt am Sonntag» vom 28. Februar 1993; im Wirtschaftsteil steht ein Bericht über eine Umfrage unter dem Titel «Ich zahle mehr Zoll auf Ware aus der EG als aus dem Ex-Ostblock» mit dem Untertitel «Unklare Regelungen im EG-Binnenmarkt beenden Geschäfte. Bei den Behörden stapeln sich Anfragen verunsicherter Firmenchefs». Wenn Sie diesen Bericht lesen, können Sie nur mit mir einiggehen: Wir haben Glück gehabt.

I negoziati per il trattato SEE e l'esame dell'Eurolex, sia in sede commissionale sia durante il dibattito in Parlamento, hanno evidenziato l'opportunità di cambiamenti e adattamenti legislativi necessari e in parte persino indispensabili. Numerosi paragrafi di molte leggi sono da aggiornare – non solo quelli richiesti per entrare nello Spazio economico europeo e imposti dall'Eurolex. Modifiche alle quali abbiamo dovuto rinunciare causa la scarsità di tempo e il ritmo dettato dalla scadenza del 6 dicembre 1992.

Ora possiamo realizzare autonomamente le riforme, e senza imposizioni esterne possiamo assumere dal diritto della CE ciò che riteniamo giusto e conveniente per il nostro Paese, eliminando tutto ciò che non ci serve o non ci fa comodo. Sfruttiamo la spinta, come ha detto il collega Schüle, dimostriamo la validità del nostro sistema politico, della nostra democrazia, raccogliamo la sfida, dimostriamo la nostra disponibilità a partecipare alla costruzione dell'Europa.

Condivido in questo senso l'opinione del collega Daniöth, ma anche quella del collega Schallberger, quando dice: «... ma da popolo indipendente e sovrano».

Am 7. Dezember 1992, also am Montag der zweiten Woche der Wintersession, habe ich eine Motion mit dem Titel «Nach dem EWR-Nein» (92.3494) eingereicht. Sie lautet:

«Nach dem EWR-Nein des Schweizervolkes sind Massnahmen angezeigt, die der neuen Situation Rechnung tragen. Die EWR-Verhandlungen und die Behandlung von Eurolex haben die Notwendigkeit von Reformen und Anpassungen aufgezeigt. Die Konfrontation unseres Landes mit der europäischen Integration soll ihre Früchte tragen. Alles Positive aus Eurolex, ergänzt durch all jene Reformen, die wir aus Zeitgründen zurückstellen mussten, sollten nun auf dem ordentlichen legislativen Weg realisiert werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, baldmöglichst ein Reformenpaket auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen....

Die eingesparten 350 Millionen Franken, die uns der EWR jährlich gekostet hätte, sind als Zinsvergünstigungen im Sinne von Investitionshilfen für unsere Wirtschaft aufzuwenden.»

Der ganze erste Teil der Motion ist inzwischen überholt; dies ergibt sich bei der Lektüre der vorliegenden Botschaft. Aber der letzte Teil behält seine Berechtigung. Der Bund soll Investitionsprojekte finanziell unterstützen. Ich denke an die Übernahme eines Teils der Zinsen, z. B. 5 Prozent. Ein Unternehmen hätte dann nur noch 2 bis 3 Prozent Zinsen zu zahlen. Mit diesen 350 Millionen Franken könnte man so Investitionen für 7 Milliarden Franken begünstigen. Ich kann nur hoffen, dass man diese Anregung übernimmt und dass somit die ganze Motion abgeschrieben werden kann.

Gestatten Sie mir eine abschliessende Bemerkung. Wir sind daran zu beweisen – was ich nie bezweifelt habe, was aber zum Teil vehement abgestritten wurde –, dass wir fähig sind, innert kurzer Zeit auf dem normalen legislativen Weg die nötigen Reformen durchzuführen, ohne dass uns diese von aussen aufgezwungen werden müssen. Ich habe aber das Gefühl, dass wir doch etwas zu schnell vorgehen. Bei der Behandlung von Eurolex mussten wir viele nicht durch EG-Recht bedingte Gesetzesänderungen, welche materiell durchaus berechtigt gewesen wären, aus Zeitgründen zurückstellen. Mir scheint, dass man nun bei Swisslex das gleiche Schnellzugstempo einhalten will. Man beschränkt sich eher auf formelle Anpassungen, indem man jede Bezugnahme zum EG-Recht aus dem Text herausstreicht. Ich möchte nicht, dass man hier einfach schnell, schnell die gesetzlichen Grundlagen schafft, um in einem zweiten Anlauf doch noch schmerzlos dem EWR beitreten zu können. Man mache sich da keine Illusionen!

Ich werde auch in Zukunft – und das wird hoffentlich auch das Schweizervolk tun – einer Integration in Europa nur zustimmen, wenn diese ohne Souveränitätsverlust ermöglicht wird.

Loretan: Ich will mich jetzt nicht auch noch an den Abgesängen auf den 6. Dezember 1992, auf den «schwarzen Sonntag», wie ihn gewisse Bundesräte bezeichnet haben, beteiligen. Es ist uns allen klar: Der europapolitische Spielraum unseres Landes ist sehr eingeschränkt, und die Hoffnungen auf den sogenannten Bilateralismus werden sich weitgehend als

blasse Hoffnungen erweisen und nicht als Realitäten. Denn um zu verhandeln und zu Abschlüssen zu kommen, braucht es immer den Willen von zwei Parteien, und der scheint mir aufseiten der EG im Moment – und wohl auch in Zukunft – sehr gering zu sein. Deshalb rückt Ziffer 13 der bundesrätlichen Botschaft – «Marktwirtschaftliche Erneuerung» – absolut ins Zentrum. Hier können wir sofort handeln, wenn wir dies wollen, und ich möchte mit anderen zusammen den Bundesrat auffordern, das, was in seiner Kompetenz liegt, anzupacken. Ich denke da zum Beispiel an die längst überholten dringlichen Bundesbeschlüsse zum Verkehr mit nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken, soweit sie noch in Kraft sind.

Neben den vielen materiellen Bereichen der sogenannten Revitalisierung und Deregulierung, durch die wir uns heute und morgen miteinander hindurchkämpfen wollen, stehen vor allem auch die zum Teil unendlich langen Bewilligungsverfahren im Schussfeld der berechtigten Kritik. Die Verfahren laufen in der Schweiz während Jahren – in den Gemeinden, in den Kantonen –, und gebaut wird schliesslich im benachbarten Ausland.

Der Bundesrat nimmt in Ziffer 13.6 unter dem Titel «Beschleunigung von Verfahren» zu diesem Problembereich Stellung. Die Stellungnahme ist – ich möchte fast sagen naturgemäss – vage, unbestimmt. Man könnte hier die Rhinowschen «Floskeln» von gestern zitieren. Auch Herr Gadiant hat sich gestern ganz kurz mit diesem Abschnitt befasst. Ich möchte dazu einige Fragen stellen.

Vorher aber noch eine Bemerkung. Der Bundesrat kann im Gebiet der Verfahrensbeschleunigung wohl kaum sehr konkrete Vorschläge bringen, weil ja im Verwaltungsverfahren die Kompetenzen der Kantone ganz klar vorherrschend sind. Alle Verfahren im Bereiche der Raumplanung – ich denke hier vor allem an die Nutzungsplanung –, der Baupolizei, der Erschliessung, des Umweltschutzes laufen in den Gemeinden und in den Kantonen nach kantonalen Verfahrensregeln. Und da sind die Kantone zum Handeln aufgerufen. Ihnen kommt auf diesem Gebiet der Deregulierung entscheidende Bedeutung zu.

Wie will denn der Bundesrat vorgehen, wenn es um die Vereinfachung und Koordinierung von Bewilligungsverfahren geht (Ziff. 13.6, S. 26, der bundesrätlichen Botschaft), und wie will er konkret die Behörden in Gemeinden und Kantonen verpflichten, ein Gesuch innert einer vorgegebenen Frist von x Wochen oder Monaten zu behandeln? Ist sich der Bundesrat bewusst, dass ein einziger hartnäckiger Einsprecher und Beschwerdeführer ein Verfahren – für eine Baubewilligung zum Beispiel – über Jahre hinziehen und damit den definitiven Entscheid hinauszögern kann?

Der Bundesrat schreibt auf Seite 27 (oben) weiter – dies ein dritter kritischer Punkt –, dass bei offenkundig missbräuchlicher Ausübung von Einspracherechten eine Schadenersatzpflicht eingeführt werden solle. Das heisst also: Der Geschädigte hat seinen Schaden auf dem Weg des Zivilprozesses nach Strich und Faden nachzuweisen. Das kann wiederum jahrelange Verfahren durch x Instanzen bedeuten, wenn der Prozessgegner hartnäckig ist. Diese Schadenersatzpflicht ist ein Popanz, der niemanden abschreckt.

Was hat der Bundesrat konkret – nebst der Revision des Raumplanungsgesetzes – für Pfeile im Köcher, und wie will er den Kantonen den nötigen Rückhalt geben, ausser mit Empfehlungen? Damit können ja dann die Kantone machen, was sie wollen.

Ich möchte, wenn möglich, heute von Herrn Bundesrat Koller konkrete Hinweise erhalten, wie er was und bis wann erreichen will; insbesondere möchte ich wissen, was mit der Revision des Raumplanungsgesetzes bezweckt wird.

M. Petitpierre: Je n'interviens que pour répondre à une phrase de M. Schallberger, notre collègue du canton de Nidwald qui, hier, a parlé des Romands comme «de gens charmants et de réputation fédéraliste» pour s'étonner ensuite de l'intensité de leur approbation de l'Espace économique européen. S'il est finalement peu important devant l'histoire que les Romands soient ou non charmants, je veux rappeler que dans le mot fédéralisme il y a l'idée de traité, d'alliance. Vous avez

raison, Monsieur Schallberger, de rappeler que les Romands sont foncièrement fédéralistes. Ils l'ont manifesté pour la première fois quand ils sont entrés dans la Confédération. Cette alliance confédérale, nos pères l'ont voulue sachant d'ailleurs et acceptant qu'ils ne seraient jamais, comme Romands, majoritaires dans la Confédération. Cet authentique fédéralisme amène aujourd'hui les Romands à aborder sereinement et avec sympathie l'étape nouvelle qu'est notre participation à la construction d'une Europe fédéraliste. Ce n'est pas une trahison de notre histoire, cher collègue, c'est la fidélité à notre meilleure tradition.

M. Salvioni: J'interviendrai très brièvement pour dire que j'ai entendu et écouté avec beaucoup d'attention les analyses de la situation qui ont été faites ici. J'ai aussi remarqué la tentative pathétique des opposants de se soustraire aux graves responsabilités qu'ils ont assumées en demandant au peuple de voter non. Ce ne sont pas les citations de «Memopress» qui est une publication d'extrême droite, voire raciste, qui peuvent aider à se dessaisir de ses responsabilités.

J'ai entendu beaucoup de conseils et, si j'ai bien compris, le Conseil fédéral devrait faire tout et le contraire de tout. Il devrait obtenir une relance économique, mais sans conséquences pour les travailleurs et sans renoncer à l'acquis social. Bref, c'est un programme magnifique, mais j'ai bien l'impression qu'ici on fait un peu de la crème fouettée.

J'aimerais que l'on revienne à la situation économique qui nous a causé et qui nous cause des problèmes. Nous sommes le pays qui a les prix les plus élevés au monde et pour y parvenir nous avons pu nous permettre de payer les salaires les plus élevés au monde. Mais, cela a été possible grâce à la création de niches de protectionnisme dans lesquelles l'économie privée a pu se permettre de pratiquer ces prix et donc de payer ces salaires. Le retour est évidemment très difficile parce qu'il devrait être parallèle à une réduction équilibrée des salaires et du coût de la vie, ce qui est bien entendu un exercice extrêmement délicat que le Conseil fédéral est par ailleurs en train de faire.

Je ne pense pas que la décartellisation ne doit pas être prioritaire. La décartellisation – à mon avis – doit être prioritaire, car elle constitue une solution dans cette situation. Si on en est arrivé là, c'est bien à cause des cartels qui ont permis la création de ces niches de protectionnisme et donc de l'économie privée, des industries qui se sont soustraites aux exigences d'une concurrence qui les aurait obligées à s'organiser, à pratiquer des prix plus bas et à fournir de meilleures marchandises. Je pense donc que pour la relance économique les deux choses sont absolument nécessaires, je dirai prioritaires. Il est possible, comme on l'a dit ici, qu'au début la décartellisation puisse avoir pour conséquence une aggravation du chômage. Je pense que, si l'on ne passe pas par la décartellisation, il sera impossible de sortir de ce système, c'est-à-dire qu'on maintiendra un système économique qui n'est pas compatible avec celui de l'Europe. Et, puisque nous ne sommes pas intégrés à l'Europe, il est nécessaire que nous nous adaptions au moins au système économique et aux règles de droit afin que, si l'intégration formelle, officielle et institutionnelle n'est pas effectuée, il y ait au moins un parallélisme possible en ce qui concerne les institutions et les règles de droit. C'est la raison pour laquelle j'appuie totalement le rapport du Conseil fédéral. Et, je n'ai aucune réserve quant à la direction vers laquelle nous devons aller.

Les difficultés très récentes pour Swissair dont nous avons pris connaissance par les journaux sont la preuve évidente des conséquences qui vont toucher ponctuellement, comme une malédiction, notre politique étrangère. Il n'y a pas de possibilités de s'y soustraire, sauf en accomplissant des efforts et en comptant sur la disponibilité de la Communauté européenne et des autres nations pour comprendre la «spécificité» suisse.

M. Felber, conseiller fédéral: A la suite du débat que nous venons d'avoir, nous avons pu comprendre que les prises de position que vous exprimiez étaient quelquefois fort éloignées les unes des autres, pour ne pas dire totalement hostiles les

unes aux autres, et ceci même sur le programme et sur l'agenda que nous proposons. On a entendu de savants conseillers aux Etats nous dire qu'on pressait trop le mouvement, qu'on ne respectait pas la tradition parlementaire, que nous voulions aller trop vite et qu'il fallait laisser les choses mûrir. D'autre part, nous avons reçu de nombreux conseils qui nous disaient d'aller plus vite, de forcer davantage, etc. Nous en avons pris bonne note, bien sûr. Je ne dis pas que nous relions ces notes tous les jours!

Après le 6 décembre 1992, le Conseil fédéral n'avait que peu de marge quant à la position qu'il devait définir immédiatement. La première position était absolument indispensable, nécessaire, elle faisait partie du devoir du gouvernement, c'était de reconnaître et de respecter le vote du souverain, même si nous le regrettons. Nous l'avons fait.

La deuxième nécessité pour le Conseil fédéral, c'était d'établir immédiatement des contacts avec les pays directement en cause à la suite du vote du peuple suisse, les pays de l'AELE d'une part, les pays de la Communauté d'autre part. Dans la semaine qui suivait le vote populaire, le Conseil fédéral a pu, par plusieurs de ses membres, prendre des contacts directs avec les ministres des pays de la Communauté européenne, les ministres des pays de l'Association européenne de libre-échange. Pourquoi cela? Parce que pour le Conseil fédéral, il est indispensable d'éviter l'isolement de la Suisse, et pour cela il faut donner clairement le signal que notre pays ne peut pas se tenir à l'écart de l'Europe. Le vote du peuple suisse est clair, cela ne se remplace pas, la densité du tissu des relations que nous avons entre notre pays et les pays de l'Europe occidentale qui forment l'Espace économique européen est une réalité que nous ne pouvons pas renverser.

Enfin, la troisième position, c'était naturellement de proposer des voies ou des options. Alors, vous permettez que je ne me lance pas dans un exercice d'exégèse. Sont-ce des options? Sont-ce des voies? Sont-ce des possibilités? Dans le fond, cela nous est complètement égal. On peut choisir dans le dictionnaire la définition la plus valable. Ce sont en tous les cas des voies que nous avons choisi de vous proposer parce qu'elles doivent définir notre politique de relation avec les pays d'Europe et ces voies, ce sont celles qui doivent être positivement acceptées pour nos futures relations intraeuropéennes. Le 13 janvier 1993, puis le 20 janvier – soit, tout de même, peu de temps après la décision populaire – le Conseil fédéral exposait sa stratégie en matière de politique extérieure ainsi que ses projets de réformes dans les domaines économique et de la société. Nous avons annoncé des mesures de régénération de notre système d'économie de marché, nous avons immédiatement annoncé la reprise de certains éléments du projet Eurolex.

Le message dont nous discutons aujourd'hui est la réalisation, la proposition concrète de ces mesures. Et lorsqu'on nous dit: que faites-vous de concret pour vous intégrer, pour amener la Suisse au seuil de l'intégration? ce qui est le plus important à nos yeux, actuellement, ce sont les efforts pour rendre la législation suisse compatible avec le droit européen. C'est le seul moyen que nous ayons de garder précisément toutes les voies ouvertes. C'est le moyen d'écarter pour l'avenir un seuil composé des différences entre les législations européenne et suisse, et il faut abaisser ce seuil si nous voulons nous rapprocher de l'Europe. Ce moyen, c'est à travers la recherche d'une eurocompatibilité de notre législation qu'il faut le trouver. Sinon, nous risquerions de glisser vers une marginalité, nous risquerions de renier les buts de la politique suivie depuis plus de 40 ans et nous devrions renoncer à notre contribution à la stabilité et à la solidarité ainsi qu'au bien commun en Europe.

Il faut s'attendre à ce que la Communauté européenne et ses membres ne considèrent leurs relations avec la Suisse que dans le cadre de leur stratégie générale. Ils ont fait preuve de compréhension à l'égard de notre décision de ne pas participer à l'Espace économique européen, ils admettent que le Conseil fédéral ne peut pas revenir immédiatement sur une proposition d'adhésion à la Communauté: il ne le fera que lorsque les conditions politiques, voire économiques, intérieures, seront réunies.

Dès lors, la première question qui nous a été posée était la sui-

vante: Comment définirez-vous ces conditions? Ces conditions ce sont l'avis populaire, la position des partis politiques, les discussions et les débats au Parlement, les pressions économiques. Monsieur Rüesch, lorsque vous semblez dire que rien ne presse et que nous n'avons pas besoin d'aller vers une intégration plus poussée pour l'instant, comment expliquer cette position à l'industrie suisse du textile qui a pourtant son domicile dans votre région, alors que précisément le non à l'EEE la place directement devant des difficultés réelles, dont M. Delamuraz vous entretiendra certainement plus en détail? Nous devons tenir compte de ces événements, économiques en l'occurrence, qui peuvent se traduire par des positions nouvelles que prendraient non seulement telle ou telle entreprise ou tel ou tel secteur de l'économie, mais aussi une partie de la population directement touchée par ce qui se passe. Le Conseil fédéral mettra tout en oeuvre pour atteindre des résultats concrets et bénéfiques par la seule voie qui nous est aujourd'hui immédiatement ouverte, celle du bilatéralisme.

Nous savons que la compatibilité du droit, en particulier, a le grave défaut de ne pas assurer la réciprocité. Pour éliminer les discriminations, la Suisse cherchera en premier lieu à exploiter les instruments déjà à sa disposition, dont le principal est l'Accord de libre-échange de 1972. Le Comité mixte Suisse/Communauté s'est déjà réuni pour déterminer quelles adaptations de l'accord étaient nécessaires pour tenter d'amortir le choc de la non-appartenance à l'Espace économique européen. Il a engagé des travaux sur des problèmes touchant des règles d'origine et les produits agricoles transformés.

En dehors du cadre de cet accord de libre-échange, il s'agit aussi d'examiner les domaines où il existe un intérêt commun à élaborer des solutions, nous disons bien «commun». Nous n'arriverons jamais, et nous le répétons, à imposer à la Communauté, aux pays de l'Espace économique européen, une solution utile pour la Suisse, mais qui ne les intéresserait pas directement. La Suisse a donc exposé ses intentions et tout ce qu'elle entreprendra sera considéré globalement par la Commission de la Communauté.

Dans nos relations extérieures, nous mettrons l'accent sur la communication avec la Communauté européenne et avec nos voisins de manière à bien montrer l'étendue de nos efforts d'adaptation à l'environnement européen. Nous ne transgresserons pas les limites fixées à nos relations institutionnelles par la décision du 6 décembre, mais nous tenterons de suivre le travail des institutions de l'Espace économique européen, nous renforcerons notre présence en Europe et dans le monde, aussi bien sur le plan bilatéral que dans les instances multilatérales.

Plus qu'une institution, la Communauté est un processus. Les pays de l'AELE qui ont ratifié l'Espace économique européen sont candidats à l'adhésion à la Communauté. Ce processus ne s'arrêtera pas, quelles que soient les difficultés rencontrées, quels que soient les cahots qu'il devra subir, et il est évident que nous avons besoin de maintenir des relations avec cette grande institution et que nous les soignerons. N'oubliez pas cependant que, tout comme l'Espace économique européen, la Communauté européenne ne peut pas supporter régulièrement un écueil qui s'appelle la Suisse; elle ne pourra pas, tous les ans, voir la Suisse opposer un non à une proposition de rapprochement, d'intégration, voire d'adhésion. Par conséquent, le premier conseil, encore très amical, que nous ont donné nos collègues des pays de la Communauté, a été le suivant: «S'il vous plaît, ne déposez une demande d'adhésion, ne ratifiez une adhésion à la Communauté, que lorsque vous aurez la certitude que le peuple et les cantons suisses vous suivront.» Nous comprenons parfaitement cette position et nous en tiendrons compte.

Mais nous ne pouvons pas engager seuls ce débat. C'est pourquoi le Conseil fédéral vous demande, à vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires fédéraux, de nous aider à faire passer cette idée de l'intégration, cette nécessaire voie vers l'Europe, cette appartenance de notre pays à l'Europe, à travers des traités qui doivent demeurer fédéralistes et sauvegarder notre souveraineté et notre identité. Le Conseil fédéral ne saurait en effet à lui seul convaincre quatre millions d'électeurs. C'est le travail de tous ceux qui sont convaincus, c'est le

travail de tous les parlementaires. En dépit des efforts que nous ferons, nous n'y arriverons pas sans vous, et le Conseil fédéral, nous vous l'avons dit, est prêt à élaborer un concept d'information plus général qui renseignera au fur et à mesure le peuple suisse sur sa politique européenne.

Enfin, nous sommes persuadés de la nécessité de maintenir la coopération établie entre le gouvernement central et les gouvernements cantonaux dans l'esprit de l'article 21 (nouveau) des dispositions transitoires de la constitution contenues dans l'arrêté fédéral sur l'Espace économique européen. C'est dans le cadre de ces contacts simultanés entre tous les cantons, et entre les cantons et le Conseil fédéral, que nous estimons possible de préserver l'unité et l'homogénéité de la politique d'intégration. Ce que nous désirons, c'est empêcher toute paralysie de l'action gouvernementale, c'est permettre une adaptation aux transformations futures internes et externes, et ces éléments, comme les événements internes et externes, auront nécessairement une influence sur le calendrier du développement des options que nous vous proposons.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Dans une saine répartition des tâches, il revenait au chef du Département fédéral des affaires étrangères de traiter de notre intégration européenne en général. Il me revient de prolonger cette réflexion européenne par un certain nombre d'informations et d'appréciations de nature plutôt économique, puis ensuite de traiter le chapitre de la régénération de l'économie suisse, ou de la revitalisation de l'économie suisse. Ce seront là les deux thèmes majeurs de mon intervention.

Je tiens à dire, en matière de conduite de la politique économique, que le Conseil fédéral mène sans états d'âme une politique extérieure et intérieure qui n'a pas d'autre but que de sauvegarder coûte que coûte les intérêts légitimes de notre économie en Europe et dans le monde. De cette politique intérieure et de ce qu'elle exige, je parlerai dans quelques minutes. Pour l'instant, je veux insister sur l'importance de la politique économique extérieure et singulièrement de la politique européenne que nous avons à conduire pour sauvegarder précisément et développer les intérêts fondamentaux de notre économie, donc de notre pays.

Il est vrai de dire que la conduite de cette politique, sur le plan européen, est frappée au départ de deux handicaps. Le premier est que la volonté générale, la vocation européenne de la Suisse, dont l'adhésion de notre pays à l'Espace économique européen eût été l'incarnation, fait défaut à la politique que nous avons à conduire aujourd'hui. Je veux dire que dans le pragmatisme quotidien auquel nous sommes confrontés, il manque parfois cet élément qui sous-tendait notre effort et qui avait également une signification et une résonance extraéconomique. Cela est incontestablement, dans l'esprit de la conduite de notre politique européenne économique, un élément d'affaiblissement. Et nous devons compter avec cette condition d'affaiblissement au départ pour en quelque sorte tout faire, de notre côté, afin de compenser cette faiblesse a priori par un engagement redoublé et par une multiplication d'initiatives internationales.

C'est bien ce qui a été fait. Je fais observer à ceux que nous avons eu l'élégance d'écouter tout à l'heure dans leurs interventions, et qui sont manifestement hors de la salle du Conseil des Etats maintenant, eh bien! par personnes interposées, je leur fais remarquer que toutes les initiatives en matière de coopération de la Suisse avec l'Europe ont été dès le 7 décembre le fait exclusif du Conseil fédéral et des négociateurs suisses. C'est nous qui avons, à chaque tour de roue, attaché le grelot, avons frappé à la porte, avons tenté, envers et contre tout, de trouver les conditions de ce dialogue. Lorsque je dis que le Conseil fédéral est sans états d'âme, mais au contraire animé d'une formidable volonté, j'exprime donc la stricte vérité des mois qui se sont écoulés depuis le 7 décembre.

Le second handicap auquel nous sommes confrontés n'est pas nouveau. Nous avons montré qu'en des temps de multilatéralisme cultiver le particularisme bilatéral était en soi un genre extrêmement difficile, peu prometteur, et peu porteur d'espoir et de succès, et qui, de plus, réclamait la participation d'un interlocuteur, et qu'il impliquait que l'on veuille répondre

à cette initiative. Les réalités que nous observons ces dernières semaines confirment le pronostic plutôt noir et pessimiste que nous avons articulé. Croyez bien que j'en suis le premier navré et qu'il me ferait plaisir, pour la substance même, d'être démenti chaque jour par les faits. Hélas! pour l'instant, ces faits confirment, bien plus qu'ils n'infirment, les appréciations très restrictives que nous avons dû porter sur le genre bilatéral dans l'Europe de 1993, c'est-à-dire dans un contexte totalement différent de ce qu'il a été pendant carrément 40 ans.

Parlons concrètement: je vais traiter des relations avec la Communauté, avec l'Espace économique européen en devenir, et enfin avec l'AELE.

La Communauté tout d'abord. Les discussions que la Suisse a obtenues, après avoir insisté, avec ses interlocuteurs de la Communauté, n'ont débouché à l'heure actuelle sur aucune espèce de mandat de négociation. Les vues que l'on pouvait avoir sur des négociations bilatérales qui iraient bon train avant le printemps sont malheureusement infirmées par la réalité. En effet, le Conseil des ministres, qui est l'autorité, dans la Communauté, d'émission d'un mandat que doit accomplir ensuite la Commission, n'a jusqu'à ce jour, en dépit de toutes les rencontres que nous avons eues, formulé aucun mandat. Il a imaginé ouvrir des discussions préalables et des reconnaissances préliminaires dans quelques domaines, mais aucune perspective de mandat, donc aucune négociation réelle, dans aucun domaine, avant mai ou juin dans le meilleur des cas. Les images d'Epinal de négociations conduites rondement dans la fraternité retrouvée, dès le mois de mars, sont malheureusement complètement dépassées. Des réunions d'experts planchent sur les règles d'origine, sur les produits agricoles transformés, qui sont des domaines vitaux pour notre économie et pour les textiles. Et dans aucun de ces domaines où l'on est inquiet – les communiqués que vous avez lus émanant de ces différents offices nous le montrent à satiété – nous n'avons obtenu de déblocage et de perspective d'ouverture de négociations.

Dans le domaine des transports, s'il y a un mandat de négociation en matière de transports aériens et routiers, c'est au mois de juin au plus tôt qu'il sera réellement déclenché. Certes – et je réponds là à M. Gadiet – nous sommes en présence d'une position qui n'est pas arrogante et qui n'est pas fermée de la part de la Communauté. Personne n'a jamais parlé, du côté de la Communauté, de pénaliser la Suisse à cause de son attitude. Comment le pourrait-on? Mais, entre ne pas pénaliser et ne pas favoriser la Suisse par rapport aux autres, il y a évidemment une grande différence, et c'est cela l'attitude de la Communauté. Aucune volonté moralisatrice ou accusatrice – elle n'aurait pas à le faire –, mais en revanche la volonté de ne pas entrer en matière dans certains domaines avant qu'on ait achevé les négociations avec les autres partenaires qui ont accepté l'Espace économique européen et par conséquent donné en quelque sorte un privilège à la Suisse. C'est une volonté qui va dans le sens d'un minimum d'égalité de traitement, et je partage l'opinion que la mission suisse à Bruxelles a exprimée, à savoir que ce n'était pas vraiment une surprise que d'enregistrer l'attitude du Conseil des ministres des transports. Il n'empêche que c'est un domaine des plus urgents et des plus difficiles et que nous maintenons la pleine pression auprès de la Communauté par de multiples interventions ministérielles et diplomatiques, afin que ce dossier plus qu'important de la négociation dans le domaine du transport aérien puisse être rouvert et conduire à une négociation. Pour l'instant, la discrimination qui frappe l'aviation suisse n'est plus une perspective, plus une image, elle est devenue, avec les horaires d'été qui se préparent, une réalité; Swissair connaît aujourd'hui pratiquement et concrètement cette dure réalité. C'est dire que tout mois supplémentaire qui s'écoule sans résultat dans ce domaine est un mois plus lourd pour nos transports aériens par rapport aux autres concurrents.

Dans le domaine de la recherche, des statistiques, des services, les contacts existent, certains domaines déjà acquis peuvent être exploités, mais le supplément que nous aurions ressenti par l'Espace économique européen, c'est à dire une co-participation de la Suisse aux décisions, ne nous est pas fourni. Là encore, nous nous battons avec énergie pour que le

bilatéral nous apporte quelque chose. En ce qui concerne l'Espace économique européen, qui connaîtra quelque retard du fait de notre absence, il a fallu gérer cet Espace économique en fonction de données nouvelles, et sa construction n'est pas terminée – je ne me risquerai pas à parler du terme du 1er juillet de cette année ou du 1er janvier de l'année prochaine comme date de la mise en route réelle de l'Espace économique européen, cela relève de la spéculation. En revanche, il faut dire que cette période de négociations crée naturellement, pour ceux qui ont signé cet accord, toute une série de contacts spontanés et naturels, de règlements avant la lettre favorables à leurs intérêts quand bien même l'EEE n'est formellement pas encore établi, et cela nous impose de faire tout notre possible pour garder au moins un statut d'observateur. Nous avons obtenu ce statut dans le cadre de l'AELE.

Je veux dire par là, et j'aborde la question de l'AELE, que nous restons membre à part entière de cette association. Nous participons totalement à son activité, sauf dans le domaine qu'elle consacre à l'Espace économique européen, lequel prend une certaine importance et une signification directe pour nous. C'est la raison pour laquelle nous avons apprécié d'être, par l'AELE et avec ses Etats membres, observateur dans ce type de négociations.

De plus, et je réponds ainsi à une deuxième question de M. Gadiant, que beaucoup de nos compatriotes se posent actuellement, j'aimerais vous dire à quel prix se situe ce statut d'observateur de la Suisse dans le processus AELE-Espace économique européen. Pour dire les choses clairement, si nous étions membre de l'Espace économique européen, la Suisse paierait, dès cette année, à titre de cotisation, 85 millions de francs suisses, ce qui comprendrait l'Espace économique européen, le Fonds de surveillance, le Fonds de cohésion, la Cour et le Secrétariat de l'AELE. Comme nous ne sommes pas membre de l'Espace économique européen, si nous avions uniquement à assumer notre part des coûts du Secrétariat de l'AELE, nous paierions 12 millions de francs suisses de cotisation annuelle à l'AELE. Nos négociateurs étant après au gain et très souvent y regardant au centime près, le Conseil fédéral leur a dit: «Nous sommes membre de l'AELE à part entière, certes, mais nous ne participons pas à l'aventure de l'Espace économique européen, nous n'avons donc pas à payer ces 12 millions de francs au total.» Nous en payons le 75 pour cent après négociations, c'est-à-dire très exactement 8,6 millions de francs. Je tiens à préciser ces chiffres, car on s'est posé toutes sortes de questions, notamment celle de savoir le 75 pour cent de quoi nous étions en train de payer. Je crois que si je vous dis finalement qu'avec un statut d'observateur à la clef nous finissons par payer moins que nos cotisations intégrales à l'AELE – 8,6 millions de francs au lieu de 12 – nous avons respecté strictement et même au-delà la volonté populaire dont il était question.

Je termine ce premier chapitre lié à notre politique économique extérieure par la question des marchés extraeuropéens. Après le non à l'Espace économique européen, j'ai entendu des proclamations selon lesquelles on allait pouvoir se rattraper sur les marchés extraeuropéens et nous y montrer actifs, comme si nous n'avions pas été, de tout temps, extrêmement actifs sur ces marchés, sur le marché nord- et sud-américain, sur le marché asiatique, japonais, et maintenant pacifique! Il est évident que, membre de l'Espace économique européen, nous aurions continué, avec vigilance – économie et pouvoir politique –, à avoir prise et une action sur les marchés extraeuropéens, et que, hors l'Espace économique européen, nous allons continuer exactement dans le même élan, avec la même volonté. Sachez en tout cas que, cette année encore, le Département fédéral de l'économie publique organisera, avec le sommet de l'économie suisse, de ces voyages mixtes qui ont amené l'économie au succès les années précédentes. C'est donc pour nous une raison de continuer à nous engager pleinement en Europe, mais hors Europe économiquement. Tel est le message que je voulais vous transmettre.

J'en viens à la régénération qui constitue la deuxième partie de notre message global au Parlement. Là encore, je dois dire que, sur ce chapitre, le message aurait été présenté au Parlement à peu près dans les mêmes termes et avec le même

contenu si le 6 décembre le oui à l'Espace économique européen l'avait emporté.

De quoi s'agit-il? Il s'agit de mettre notre économie intérieure en état de compétitivité, donc de concurrence, avec ses concurrents européens et extraeuropéens. Pour y parvenir, il faut soumettre cette économie suisse au feu exigeant et rude de la concurrence intérieure pour qu'elle puisse, bien armée, aller livrer elle-même cette concurrence à l'extérieur et il s'agit de lui créer – cela, c'est notre responsabilité publique – les conditions-cadres les plus favorables à l'accomplissement de sa mission de production et d'échange de biens et de services. Dans cette disposition, nous améliorons ainsi les conditions dans lesquelles nous avons à nous battre, et comme, de surcroît, nous ne sommes désormais pas pourvus des meilleurs moyens qui soient, sous la forme d'accords économiques internationaux, et que nous sommes frappés de l'impossibilité d'utiliser les traités les plus performants qui sont reconnus et auxquels ont adhéré nos concurrents, vous voyez bien que cet aspect de remodellement intérieur a acquis une importance nouvelle. Il était important et indispensable même avec l'Espace économique européen, il le reste tout autant et le devient même davantage sans l'Espace économique européen.

A ce titre-là, j'aimerais dire que le message qui vous est présenté n'est qu'un premier paquet qui va tout d'abord se développer en messages successifs du Conseil fédéral à votre attention, dans les domaines que nous avons énumérés, qui comprennent le droit de la concurrence, le marché du travail, les procédures intérieures – j'y reviendrai – la création d'un marché intérieur suisse et toute la question des marchés publics. Pour cela, un certain nombre de projets concrets vous seront soumis dans les temps qui viennent. Le Conseil fédéral jugeait indispensable de vous présenter d'abord un tableau d'ensemble afin que vous voyiez où nous nous situons et dans quel contexte nous avons à travailler dans les mois qui viennent. Mais encore ce premier paquet est-il tout à fait insuffisant! Je crois que la revitalisation est un processus constant, qu'on ne pourra jamais arrêter à un moment donné, car toujours il faut songer à revoir nos méthodes – les autres revoient bien les leurs! Et par conséquent, à ce premier paquet succédera un second paquet dont le contenu est ambitieux. Il a été décrit en filigrane dans le message que vous avez sous les yeux, mais c'est à la lumière aussi de cette perspective plus lointaine que nous devons inscrire la volonté clairement affirmée du Conseil fédéral de parvenir à cette régénération et à cette revitalisation.

Le Conseil fédéral a jugé indispensable, politiquement, de répondre à une critique qui était formulée avant même que les avant-projets ne soient sortis, selon laquelle le Conseil fédéral allait se vautrer dans un thatchérisme de mauvais aloi – je ne prends pas la responsabilité de cette critique, je la cite pour l'avoir lue – qu'il allait sombrer dans une politique ultralibérale, bafouant des valeurs sociales ou des valeurs environnementales les unes après les autres au nom de sa majesté le profit et de la pure et dure économie de marché prise dans son sens le plus abrupt et le plus étroit du terme. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral annonce la couleur. Il entend assainir des méthodes, il entend assouplir et déréglementer dans les domaines où cette régulation devient un carcan et un obstacle. Mais il n'entend pas accompagner cela d'un démantèlement social, non plus que d'un démantèlement environnemental. Sans doute, cela limite-t-il les conditions de l'exercice! Sans doute, cela créera-t-il, ici ou là, des carrefours d'intérêts, oui, au milieu desquels le Conseil fédéral choisira et le Parlement aura ensuite à choisir, mais nous pensons que nous ne pouvons pas conduire une méthode exclusive et unilatérale. Nous devons tout de même prendre en compte, même dans le raisonnement économique le plus pur et le plus indispensable, un certain nombre de données et de valeurs extraéconomiques, et c'est simplement la volonté de les introduire aussi dans l'équation, ces valeurs-là, que le Conseil fédéral a exprimée dans la tempérance que nous avons introduite dans la présentation de ce paquet. D'une manière générale le dépôt d'une politique économique intérieure aussi libérale et aussi ouverte que la politique économique extérieure que nous ap-

pelons de nos vœux et que nous voulons pratiquer, c'est cela la grande «discrépance», comme on aime à dire, que nous devons, avec les moyens autonomes, réparer et libérer.

Dans les interventions que j'ai entendues sur ce thème, je crois que trois questions essentielles ont été abordées par différents intervenants qui m'excuseront de ne pas les nommer. Tout d'abord, c'est l'absence d'un chapitre fiscal-financier robuste dans l'énoncé de ce premier paquet de politique de régénération.

Il est évident que toute régénération passe par une politique fiscale adaptée et permettant à nos entrepreneurs de ne pas être accablés de taxes par rapport à leurs concurrents – je crois d'ailleurs que ce n'est pas le cas aujourd'hui. Toutefois, il faut être vigilants et il faut également inclure un tel chapitre à l'ensemble des mesures de dérégulation. C'est absolument exact, et c'est l'intention du Conseil fédéral. Mais je vous le demande: comment aurions-nous pu, dans l'ensemble des mesures que nous proposons, inclure un chapitre fiscal-financier, alors même que celui-ci est en pleine discussion et en pleine élaboration parlementaire, non seulement les programmes d'assainissement des finances fédérales – qui font partie de ces données – mais encore les programmes de réforme à long terme de ces mêmes finances fédérales? Comment aurions-nous pu imaginer que le Conseil fédéral invente, comme il ferait sortir un lapin de son chapeau, des chapitres entièrement inédits, fasse des propositions ou des contre-propositions à ce qui est maintenant débattu au Parlement? Vous auriez crié, à juste titre, à la confusion, à l'interférence, à l'absence de volonté et de compréhension démocratique du Conseil fédéral qui voudrait se substituer à ces propositions et au déroulement parlementaire normal des affaires dans ce domaine. Il faut donc laisser s'accomplir le processus parlementaire, et, sur la base de ses résultats, le Conseil fédéral examinera les mesures nouvelles qu'il faudrait introduire en supplément – ce sera le deuxième paquet – pour que réellement cette politique fiscale et financière contribue elle aussi et de puissante façon à la revitalisation et à la régénération de l'économie suisse. Je vous demande d'avoir quelque compréhension pour cette «Schönheitsfehler» de pure procédure, en quelque sorte.

J'ajouterai encore un commentaire pour clore ce chapitre fiscal-financier. Sans parler de priorité, je dirai que l'importance de combattre les déficits publics correspond aussi à un intérêt de l'économie privée et que là encore le processus est bien engagé au Parlement. Il eût été impensable et même légèrement provocateur que le Conseil fédéral traitât de cette question dans le cadre d'un tel rapport alors même que vous êtes, Mesdames et Messieurs les parlementaires, en pleine réflexion sur ce thème.

Une deuxième réflexion m'a été inspirée par les questions relatives aux marchés publics qui ont été posées. Il est évident que la libéralisation des marchés publics, l'ouverture du marché intérieur suisse, comme je le disais tout à l'heure, l'application aux Suisses entre eux du principe du *cassis de Dijon* auquel ils se seraient soumis en participant à des efforts internationaux d'accords économiques, est une nécessité pour décloisonner notre économie intérieure. C'est là que je me réjouis de donner rendez-vous à tous ceux qui nous ont dit avoir la force – ce dont je ne doute pas un instant – de régler d'une manière autonome, loin des contraintes abominables des bureaucrates de Bruxelles, un certain nombre de règles qui sont absolument anachroniques, qui coûtent des milliards à notre économie et que nous pouvons débloquent si nous en avons le courage politique et la volonté. L'ouverture des marchés publics est l'un de ces chapitres, que l'on ressentira d'ailleurs d'une manière plus cuisante dans les cantons frontières que dans la Suisse profonde. Plusieurs orateurs ont insisté sur le rôle qu'avaient à jouer ces cantons, c'est assurément un domaine hypersensible où l'on aura à se manifester. Les marchés publics sont un très beau sujet qui révélera notre capacité d'autodiscipline et notre volonté profondément intérieure d'appliquer à nous-mêmes des changements bénéfiques pour nous et pour une meilleure préparation de notre coopération internationale grâce à une meilleure coopération intérieure. Vaste programme, certes intéressant!

La troisième réflexion tirée du long et beau débat qui s'est tenu ici est celle des lenteurs réglementaires des procédures d'autorisation absolument obsolètes et hypercompliquées. S'il y avait un prix international pour la complication administrative, la Suisse serait classée hors concours au tout premier rang. Le découragement qu'éprouvent d'innombrables entreprises face aux procédures d'autorisation de construire est un signe évident, lorsqu'elles vont s'établir dans des pays voisins, que sur ce point nous sommes très peu compétitifs par rapport à nos voisins et concurrents.

Il y a là un grand coup de balai qu'il faudra donner. Il commencera par les devantures de la Confédération, et certes, aurons-nous à nous occuper de nous-mêmes, mais il est bien clair que l'on ne réussira l'exercice que si les cantons – et c'est là que j'insiste sur ce que beaucoup d'entre vous ont dit – et avec eux les communes jouent le jeu, car dans certains domaines, ce sont souvent des compétences cantonales et exclusivement cantonales qui sont engagées. Cela veut dire, comme pour les marchés publics, que l'exercice de revitalisation et de régénération n'est pas un exercice de la seule Confédération, c'est un exercice qui implique la Confédération, les cantons et toutes les collectivités publiques, et qui implique aussi, il faut le dire avec force, les décideurs privés de notre économie. C'est à ce déclic que voulait aboutir ce premier message dans l'histoire de la Confédération consacré à la dérégulation. Acceptez-en les défauts, acceptez-en les timidités, acceptez-en les insuffisances momentanées. Il avait pour but de déclencher un processus. J'espère – je crois que la plupart des commentaires étaient positifs à cet égard – que ce processus a réussi et qu'avec votre appui il sera possible d'aller résolument de l'avant.

Bundesrat Koller: Die Wiederaufnahme von 27 Eurolex-Vorlagen bildet den dritten Pfeiler dieses Folgeprogramms des Bundesrates nach der Ablehnung des EWR-Abkommens. Es handelt sich durchwegs um Vorlagen, die Sie bereits einmal beraten und verabschiedet haben, die aber dann wegen des Neins des Souveräns nicht in Kraft gesetzt werden konnten. Der Bundesrat ist sich durchaus bewusst, dass dieses Vorgehen ungewöhnlich ist und daher der Erklärung und der Begründung bedarf. Der Bundesrat ist sich aber auch bewusst, und er ist davon überzeugt, dass dieses ungewöhnliche Vorgehen im Interesse unseres Landes unbedingt notwendig ist und dass dieses ungewöhnliche Vorgehen auch keineswegs im Widerspruch zum negativen Volksentscheid zum EWR-Abkommen steht, denn Sie haben vorhin die Analyse der ausserpolitischen Handlungsmöglichkeiten von meinen beiden Kollegen dargelegt erhalten.

Wenn man nun diese ausserpolitischen Optionen näher analysiert, dann muss man feststellen, dass keine dieser Optionen ohne die Europaverträglichkeit unseres Wirtschaftsrechts realisierbar ist. Es führt somit kein Weg an der Europaverträglichkeit unseres Wirtschaftsrechts vorbei, es sei denn der Rückzug ins Reduit, aber den Rückzug ins Reduit wollen erklären lassen nicht einmal die Gegner des EWR-Abkommens – das haben wir ja gestern gehört.

Diese Europaverträglichkeit unseres schweizerischen Wirtschaftsrechts, die eine *Conditio sine qua non* für die Realisierung aller dieser europapolitischen Optionen ist, gilt gerade auch für den Bilateralismus, der ja zurzeit im Vordergrund der Handlungsmöglichkeiten steht. Denn wir haben Erfahrung genug, einerseits mit dem bilateralen Versicherungsabkommen, andererseits im Rahmen unserer multilateralen Verhandlungen über den EWR, um zu wissen, dass die EG nie bereit sein wird, mit uns irgendwelche Lösungen einzugehen, die ihre eigene Rechtsharmonisierung gefährden würde. Alles andere ist eine Illusion, und wir müssen dieses Faktum endlich einmal zur Kenntnis nehmen, denn die EG kann es sich aus ihrer ganzen Natur heraus schlicht nicht leisten, dass die unter ihren zwölf Mitgliedern – und demnächst unter den achtzehn EWR-Mitgliedern – mühsam realisierte Rechtsharmonisierung durch einen Vertrag mit einem Drittstaat wieder in Frage gestellt wird. Denn täte sie das, dann würden natürlich die zentrifugalen Kräfte in der EG und im EWR allzu gross. Sie sehen also, dass das Vorgehen, das wir gewählt haben, in keinerlei Wider-

spruch zur Volksabstimmung steht. Nachdem die aussenpolitischen Optionen äusserst eingeschränkt sind – das haben Sie ja alle einhellig festgestellt –, gilt es nun eben in erster Priorität, das eigene Haus zu bestellen. Nur wenn wir diese relativ mühsame Zeit dafür nutzen, haben wir künftig eine Chance, in diesem unbedingten notwendigen Integrationsprozess weitere Schritte zu tun.

Dieses ungewöhnliche Vorgehen, das Ihnen der Bundesrat vorschlägt, steht aber – wie gesagt – auch nicht im Widerspruch zum negativen Volksentscheid. Denn das Postulat der Europaverträglichkeit unseres Rechts ist ja viel älter als der EWR-Vertrag. Wir haben Ihnen dieses Postulat bereits im Jahre 1988 präsentiert. Wir haben seither – immer mit Ihrem Einverständnis – in jeder Botschaft genauen Rechtsvergleich getrieben und unsere eigenen Reformvorschläge bezüglich ihrer Verträglichkeit mit dem EG-Recht geprüft. Wir haben uns schon sehr lange vor der Aufnahme der Verhandlungen über den EWR ständig bemüht, unnötige Unterschiede zwischen dem schweizerischen und dem europäischen Wirtschaftsrecht – darum geht es ja vor allem – möglichst zu vermeiden. Ich darf Sie daran erinnern, dass es Ihr Parlament war, das diese Stossrichtung des Bundesrates damals in einer Richtlinienmotion vom 19. April 1988, also wiederum vor Aufnahme der EWR-Verhandlungen, ausdrücklich bekräftigt hat.

Nach Meinung des Bundesrates ist aber diese Europaverträglichkeit unseres eigenen Rechts nach dem 6. Dezember 1992 sogar noch wichtiger als zuvor. Denn damit können wir erreichen, dass die Tätigkeit unserer Unternehmen nicht durch unnötig divergierende rechtliche Regelungen behindert wird. Es ist zudem angezeigt, alle Hindernisse für diese europapolitischen Optionen nicht noch zu vergrössern, sondern sie möglichst vorausschauend abzubauen. Das ist der Sinn dieses Swisslex-Paketes.

Ich möchte Ihnen noch eine letzte Begründung liefern: Wir wollen mit dem Swisslex-Paket auch unseren europäischen Partnern gegenüber eine ganz klare politische Absichtserklärung verbinden. Wir wollen unseren europäischen Partnern klarmachen, dass wir auch nach dem EWR-Nein weiterhin eine konstruktive, solidarische Zusammenarbeit suchen und uns nicht einer Politik des Rosinenpickens hingeben werden. Das ist für das künftige Verhältnis zwischen unserem Land und den EG- und EWR-Staaten von grösster Wichtigkeit. Ich habe denn auch mit Genugtuung feststellen können, dass dieses Swisslex-Paket in den europäischen Gremien auf grösstes Interesse gestossen ist. Das ist auch der Grund, weshalb wir in diesem Swisslex-Paket nicht ausschliesslich Vorlagen wieder aufnehmen, die direkt der Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft dienen. Denn damit würden wir uns erneut der Kritik des Rosinenpickens aussetzen. Wir haben ganz bewusst auch jene mehr gesellschafts- und sozialpolitischen Vorlagen mit einbezogen, die nicht einen unmittelbaren Beitrag zur Erneuerung unserer Wirtschaft leisten, die aber die Voraussetzungen für alle europapolitischen Optionen wesentlich verbessern.

Aber Sie sollten auch den direkten Beitrag des Swisslex-Programms zur Erneuerung unserer Wirtschaft nicht unterschätzen. Bei mehreren Vorlagen ist das wirklich ohne weiteres evident, nämlich überall dort, wo es um die Vereinheitlichung von Normen geht, also beim Strassenverkehrsgesetz, beim Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten oder beim Bundesgesetz über das Messwesen. Aber auch die Banken- und Versicherungsvorlagen wollen einen direkten Beitrag zur Revitalisierung unserer Wirtschaft leisten. Sie sind zwar an einen Gegenrechtsvorbehalt gebunden, weil wir die Dienstleistungsfreiheit für ausländische Unternehmen in unserem Land nicht öffnen wollen, ohne dass unsere Unternehmen das gleiche Recht im Ausland erhalten. Deshalb dieser Reziprozitätsvorbehalt. Aber alle diese Vorlagen leisten – unter der Voraussetzung, dass es zu bilateralen oder neuen multilateralen Abkommen kommt – einen wesentlichen Beitrag zur Erleichterung des Zugangs zu den Märkten, zur Öffnung der Märkte und damit zu mehr Wettbewerb und zur Erneuerung unserer Wirtschaft.

Schliesslich haben wir, wie bereits angetönt, bewusst auch einige gesellschafts- und sozialpolitische Vorlagen in das Swiss-

lex-Programm aufgenommen, und zwar vor allem überall dort, wo wir von Ihnen ohnehin Gesetzgebungsaufträge erhalten haben, wie beispielsweise bei der Produkthaftungspflicht und beim Konsumkredit. Denn wir haben hier zweifellos eine einmalige Chance, lang anstehende Gesetzgebungsprobleme rasch einer Lösung zuzuführen.

Uebrigens möchte ich Sie doch bitten, sich noch einmal zu überlegen, ob das Vorlagen sind, die nur gesellschafts- und sozialpolitisch interessant sind. Ich will Ihnen das am Beispiel des Bundesgesetzes über die Produkthaftungspflicht kurz darlegen: Die jetzige Regelung führt eindeutig zu einer Diskriminierung von Importfirmen im EG-Raum. Weil die Haftungsordnung für Produkte, die aus der Schweiz kommen, eine schlechtere ist, werden Importfirmen im EG-Raum Mühe haben, schweizerische Produkte zu übernehmen, für die sie dann als Importfirmen kausal haften, während sie, wenn sie ein Produkt aus einem anderen EG-Land einführen, dieser Haftung entgehen.

Sie sehen an diesem Beispiel aus dem Bereich der Produkthaftungspflicht, dass es sich hier durchaus auch um einen Beitrag zur Revitalisierung der Wirtschaft handelt. Persönlich war ich denn auch keineswegs verblüfft, dass beispielsweise auch die direkt interessierten wirtschaftlichen Kreise dem Konsumkreditgesetz durchaus sehr positiv gegenüberstehen. Denn sie haben sofort erkannt, dass sie ein eminentes Interesse an einer raschen, vernünftigen, eurokompatiblen Lösung haben. Bei vielen dieser Vorlagen, bei denen man auf den ersten Blick meint, sie seien mehr gesellschaftspolitisch orientiert, besteht dieser offensichtliche Gegensatz und Widerspruch zwischen Revitalisierung der Wirtschaft und gesellschaftspolitischen Anliegen gar nicht.

Noch ein Wort zur Auswahl der 27 von ursprünglich 50 Eurolex-Vorlagen: Herr Bisig hat gesagt, wir hätten die Zahl sieben kultiviert oder darauf geschaut, dass es mindestens mehr als die Hälfte der Vorlagen sei, die wir wieder einbringen könnten. Wie wir in der Botschaft dargelegt haben, haben wir diese Vorlagen in bezug auf die genannten Ziele sehr sauber analysiert und festgestellt, dass wir 16 Vorlagen ohne jegliche Aenderung einbringen können und dass wir 11 Vorlagen mit dem Reziprozitätsvorbehalt verbinden müssen, weil wir keine einseitigen Vorleistungen erbringen wollen. Das wäre zweifellos eine schlechte Taktik gewesen. Wir haben aber auch gesehen, dass wir 9 Vorlagen – vor allem solche, für die im EWR-Vertrag Uebergangsbestimmungen bestanden hatten – besser ins normale Gesetzgebungsverfahren einleiten. In diese Kategorie gehören auch kontroverse Vorlagen wie namentlich das Epidemien-gesetz und das Umweltschutzgesetz.

Im übrigen haben wir – ich danke, dass Herr Zimmerli darauf aufmerksam gemacht hat – die Verwaltung klar angewiesen, auf alle materiellen Aenderungen zu verzichten. Uns war natürlich klar: Wenn die Verwaltung ihre politischen Desiderate noch eingebracht hätte und dann der Bundesrat auch noch, wäre das für Sie eine Aufforderung zum Tanz gewesen. Dann wäre die Grundidee, dass man dieses Gesamtpaket jetzt rasch über die Bühne bringen muss, schon von allem Anfang an mehr als gefährdet gewesen.

Das war übrigens dann auch der Grund dafür, dass wir kein Vernehmlassungsverfahren im ordentlichen Sinn durchgeführt haben. Die Vorlagen waren ja alle bekannt. Wir haben übrigens diese Idee der Wiederaufnahme bereits im Dezember mit den Bundesratsparteien und mit den Wirtschaftsverbänden besprochen. Es war für sie keineswegs eine Ueberraschung. Aber der Bundesrat hat selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, dass Sie sich jetzt entschieden haben, für etwa 12 der 27 Vorlagen – wenn ich das richtig sehe – noch Hearings durchzuführen. Der Bundesrat hat in der Zwischenzeit nämlich auch noch klarer erkannt, dass dieses ungewöhnliche Vorgehen doch der Erklärung und der Begründung bedarf. Ich hoffe, dass die Hearings vor allem dazu einen wesentlichen Beitrag leisten werden.

Vielleicht noch ein Wort zum raschen Tempo: Mein ehemaliger militärischer Vorgesetzter, Herr Rüesch, hat gerügt, dass wir da ein allzu militärisch-forsches Tempo angeschlagen hätten. Ich muss ehrlich sagen, solche Vorwürfe an den Bundesrat sind derart selten, dass ich sie eigentlich fast als Kompliment

auffasse. Normalerweise wirft man uns ja eher das Gegenteil vor. Der Bundesrat ist davon überzeugt – Sie haben das vorhin auch von meinen Kollegen gehört –, dass die aussen- und die wirtschaftspolitische Situation unseres Landes diese rasche Gangart wirklich notwendig und damit auch sachlich vertretbar machen.

Wir haben diese Idee, Herr Zimmerli, übrigens bereits im Dezember im Kontaktgremium mit den Kantonen angekündigt. Diese Idee wurde damals von den Kantonsvertretern im Kontaktgremium ganz generell begrüsst. Man hat uns erfreulicherweise erklärt, dass die Kantone selber auch Bemühungen in dieser Richtung unternehmen werden. Aber wir sind uns alle einig: Ein entscheidender Unterschied ist, dass jetzt natürlich jede einzelne Vorlage dem (normalen) fakultativen Gesetzesreferendum unterstehen wird. Deshalb hat der Bundesrat gegen dieses von ihnen gewählte Vorgehen überhaupt nichts einzuwenden, allerdings unter einer Bedingung: Die ganze Idee des Bundesrates wäre hinfällig, wenn Sie in den alten Gesetzgebungstramp zurückfallen würden. Wir müssen diese einmalige Chance, die Europaverträglichkeit unseres Wirtschaftsrechts jetzt gleichsam mit einem Sprung auf eine höhere Stufe zu bringen, wirklich nutzen. Das ist auch mit Ihrer Sorgfaltspflicht vereinbar, denn der Bundesrat ist davon überzeugt, dass wir künftig ganz generell vor allem auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts viel raschere, weniger umfassende, dafür häufigere Revisionen in Angriff nehmen müssen. Das ergibt sich schon aus den immer dichter werdenden internationalen Beziehungen, ganz unabhängig von der europapolitischen Variante, die wir schliesslich in unserem Lande realisieren werden.

In diesem Sinne bin ich Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie auch diesen dritten Teil unseres Programms wohlwollend aufnehmen und möglichst rasch zu einem erfolgreichen Ende führen.

Präsident: Wir haben damit Kenntnis genommen von den Kapiteln «Europapolitische Standortbestimmung» und «Marktwirtschaftliche Erneuerung». Beide wurden von uns mehrheitlich positiv aufgenommen.

Zustimmung – Adhésion

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seiten 2 und 3 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon les pages 2 et 3 du message

Jagmetti, Berichterstatter: Das Postulat Schüle (91.3142), das Sie in der Liste finden, ist ein Postulat aus dem Nationalrat, zu dem wir deshalb nicht Stellung zu nehmen haben. Hingegen widersetzt sich die Kommission für Wirtschaft und Abgaben der Abschreibung der Motion Coutau (92.321 I) und beantragt Ihnen bei der Motion des Nationalrates (Gros Jean-Michel) (92.3200) Zustimmung und nicht Abschreibung. Der Grund, weshalb wir Ihnen empfehlen, die Motion des Nationalrates (Gros Jean-Michel) anzunehmen, und zwar in allen ihren Punkten, und die beiden Motionen, jene von Herrn Coutau und jene des Nationalrates (Gros Jean-Michel), nicht abzuschreiben, liegt darin, dass in diesen Vorschlägen bestimmte gesetzgeberische Massnahmen, unter anderem die Revision des Kartellgesetzes, verlangt werden, zu denen der Bundesrat zwar im Bericht über die marktwirtschaftliche Erneuerung positiv Stellung nimmt und uns eine Vorlage in Aussicht stellt, ohne dass wir aber heute eine solche Vorlage hätten. Das Kartellgesetz soll ja Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens im nächsten Sommer bilden. Wir sind der Meinung, dass es dann Zeit ist, diese Motionen abzuschreiben, wenn wir diese Vorlage im Rat behandelt haben. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben stellt Ihnen also den Antrag, die Motion des Nationalrates (Gros Jean-Michel) anzunehmen und die beiden Motionen Coutau und Nationalrat (Gros Jean-Michel) nicht abzuschreiben.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Le président: Monsieur le Conseiller fédéral Felber, c'est la dernière fois que vous prenez part à une séance du Conseil des Etats. Permettez-moi de vous adresser mes félicitations à l'occasion de votre 60ème anniversaire que vous avez fêté dimanche dernier. Au moment de vous quitter définitivement, les députés au Conseil des Etats forment des vœux sincères pour vous-même et les vôtres. Pendant les cinq ans passés à la tête de notre diplomatie, le Conseil des Etats n'a eu qu'à se féliciter des excellentes relations qu'il a eues avec vous. Merci, Monsieur le Conseiller fédéral, pour tout ce que vous avez donné à notre Confédération. *(Applaudissements)*

93.008

Aussenwirtschaftspolitik 1992/I, II Politique économique extérieure 1992/I, II

Bericht, Botschaften und Beschlussentwürfe vom 20. Januar 1993
(BBl 1320)
Rapport, messages et projets d'arrêté du 20 janvier 1993 (FF I 293)
Beschluss des Nationalrates vom 16. März 1993
Décision du Conseil national du 16 mars 1993

Antrag der Kommission
Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht
Proposition de la commission
Entrer en matière et prendre acte du rapport

Cavelty, Berichterstatter: Ich gliedere meinen kurzen Bericht wie folgt: erstens kurze Zusammenfassung des bundesrätlichen Berichtes, zweitens Zusammenfassung der Diskussion in der Aussenpolitischen Kommission und drittens Beschlüsse und Anträge der Kommission.

1. Zusammenfassung des Berichtes: Die anhaltende Schwäche der internationalen Konjunktur, insbesondere jene bei den bisherigen «Zugpferden» Japan und Bundesrepublik Deutschland, wo beinahe jeglicher Schwung verlorengegangen ist, beeinflusste massgeblich den wirtschaftlichen Rahmen, in dem sich die schweizerische Aussenwirtschaft im letzten Jahr zu bewegen und zu behaupten hatte. Nach der Stagnation im Vorjahr schrumpfte die Wirtschaftstätigkeit unseres Landes um rund ein halbes Prozent, und die Arbeitslosigkeit nahm auf 4,2 Prozent zu. Die inländische Nachfrage verzeichnete den schwersten Rückschlag seit Mitte der siebziger Jahre; am stärksten betroffen waren die Investitionen. Nur dank der Exportwirtschaft, welche ihre Auslandlieferungen unerwartet deutlich zu steigern vermochte, und dank dem Tourismus – die enorm wichtige Rolle des Tourismus darf hier ruhig etwas stärker betont werden als im Bericht selbst – konnte einem noch stärkeren gesamtwirtschaftlichen Einbruch in unserem Land entgegengewirkt werden.

Die Konjunkturaussichten in den wichtigsten westeuropäischen Märkten sind wenig günstig und werden auch im nächsten bzw. im laufenden Jahr das Wachstum der schweizerischen Exporte bremsen. Von der Binnennachfrage werden weiterhin keine grossen Impulse erwartet. Aufgrund der Ablehnung des EWR-Abkommens bleibt die Unsicherheit über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz bestehen – Stichwort: Unternehmerinvestitionen.

Eine Fortdauer der Rezession, eine noch zunehmende Arbeitslosigkeit und ein weiterer Teuerungsrückgang werden gemäss Bericht voraussichtlich das Wirtschaftsjahr 1993 in

Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (allgemeine Aussprache)

Programme consécutif au rejet de l'Accord EEE (débat général)

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.100
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1993 - 08:15
Date	
Data	
Seite	155-165
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 583

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.